
Newsletter

Berichte – Informationen – Debatte

September 2019

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

manchmal fällt die Anzahl der Berichte aus dem aktuellen Netzwerkleben etwas dürftiger aus. Aber das macht nichts, es kann nachgeholt werden. Dafür steht diesmal ein interessanter Beitrag zur NS-Raubgut-Forschung in der Stadtbibliothek Hannover im Zentrum der Berichterstattung. Quasi in Vorbereitung unserer Tagung zur Erinnerungskultur und -politik in Europa am Sa. 2. November 2019 wird eine Doppelrezension zu zwei wichtigen Büchern über gesellschaftliche Veränderungen angesichts der politischen Offensiven von Rechts angeboten. Diese Tagung, die wir mit wichtigen Kooperationspartner*innen durchführen und für die wir hochkompetente Referent*innen gewinnen konnten, soll auch als ein Signal in Stadt und Region verstanden werden, in Zukunft politischen Entwicklungen in Europa bei unserer Arbeit auf dem Gebiet der Erinnerungskultur erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Rege Mobilisierung und ein guter Besuch würde diesem Ansinnen helfen. Ich freue mich, viele Menschen dort begrüßen zu können.

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

- **Zwangsarbeiter-Mahnmal der Sichelwerke eingeweiht**
- **Grenzgänger**
- **Suche nach NS-Raubgut in der Stadtbibliothek Hannover**
- **Rechtsradikalismus: Zwei lesenswerte Bücher**

Zwangsarbeiter-Mahnmal der Sichelwerke eingeweiht

Großer Erfolg des Vereins „Gegen das Vergessen/NS-Zwangsarbeiter e.V.“ und der Henkel-Sichelwerke GmbH: Am 14. August wurde unter reger Beteiligung aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft das Mahnmal gegen Zwangsarbeit in der NS-Zeit am Werkseingang der Sichelwerke in Limmer eingeweiht.



Fotos: Tim Rademacher - https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Mahnmal_Sichel-Werke_Hannover

Der Vorsitzende des Vereins „Gegen das Vergessen“, Dr. Horst Meyer, verwies darauf, dass das Projekt nach dreijähriger Überzeugungsarbeit erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Er dankte der Konzernleitung der Henkel AG für die ideelle und finanzielle Unterstützung und besonders auch der Belegschaft der Sichel-Werke. Diese hatte das Mahnmal, das mehr als 15.000 Euro kostete, gestiftet.

Von 1940 bis 1945 mussten 573 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen unter unmenschlichen Bedingungen härteste körperliche Arbeit leisten. Wer nicht Deutsch verstand, wurde geschlagen. Die vorwiegend aus Polen, der Sowjetunion, Belgien, Frankreich, Griechenland und Serbien Verschleppten hausten in Baracken und waren den Schikanen der stark präsenten Gestapo ausgeliefert. Der von langer KZ-Haft gesundheitlich schwer beschädigte SPD-Politiker Kurt Schumacher wurde von 1943 bis 1945 in der Buchhaltung beschäftigt.

Der Pole Tadeus Ruzik berichtete später: Täglich habe es eine dünne Suppe gegeben. „Wir bekamen zwei Kilogramm Brot für die Woche und aßen es innerhalb von zwei Tagen auf. Die restlichen Tage fasteten wir.“ Viele Gefangene starben, manche durch Misshandlungen. Babys wurden geboren, viele überlebten nicht wegen mangelnder Nahrung und Pflege.

Die Fabrik, die anfangs Tapetenkleister und später für die Wehrmacht kaltwasserlösliches Puddingpulver herstellte, war 1889 von dem Hannoveraner Ferdinand Sichel (1859-1930) gegründet worden. Sichel gehörte zu den zahlreichen jüdischen Unternehmern, die Hannover im 19. und 20. Jahrhundert vorgebracht haben. Die Familie Sichel emigrierte 1933. 1936 überschrieben die Erben das Unternehmen auf einen nichtjüdischen Firmenpartner, eine „freiwillige“ Arisierung. 1962 wurden die Sichelwerke von Henkel übernommen.



Das Mahnmal besteht aus einer Gedenktafel, deren ausführlichen Text die Historikerin Janet Freifrau von Stillfried und Rattonitz nach sorgfältiger Forschungsarbeit verfasst hat. Unter der Tafel befinden sich zwei Stahlpoller, verbunden mit einer massiven Schiffskette. Gefertigt wurde das Denkmal von der Sichel-Belegschaft. Die Poller erinnern an das Entladen von Schuten durch Zwangsarbeiter am nahen Kanal; die Kette symbolisiert die Gefangenschaft der ausländischen Häftlinge.

Horst Meyer bedauerte, dass sich nicht alle Firmen in der Region Hannover ihrer geschichtlichen Verantwortung stellten wie – beispielhaft – die Sichelwerke. Continental feiert in zwei Jahren sein 150-jähriges Bestehen. Meyer: „Ich bin gespannt, in welcher Form sie dann an ihre Zwangsarbeiter erinnern.“

Dr. Jens Gundlach

Grenzgänger

Der von den Nazis am 27. Februar 1933 selbst inszenierte Brand des Reichstagsgebäudes wurde zum Anlass für Massenverhaftungen genommen. Die Faschisten kannten ihre Gegner aus den vorausgegangenen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik. So wurden noch in dieser Nacht und am folgenden Tag etwa 10.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten verhaftet. Adolf Hitler erklärte: „Es gibt jetzt kein Erbarmen. Wer sich uns in den Weg stellt, wird niedergemacht... Jeder kommunistische Funktionär wird erschossen, wo er angetroffen wird. Die kommunistischen Abgeordneten müssen noch in dieser Nacht aufgehängt werden. Alles ist festzusetzen, was mit den Kommunisten im Bunde steht. Auch gegen Sozialdemokraten und Reichsbanner gibt es jetzt keine Schonung mehr.“

Tausende mussten untertauchen, um sich der drohenden Verhaftung zu entziehen. Sie lebten in der Illegalität oder flohen ins Ausland.

Ein Fluchtweg führte über Emden. Dieser Fluchtweg wurde auch von Flüchtenden aus Hannover genutzt. So gelang z.B. Werner Blumenberg, Leiter der Widerstandsgruppe „Sozialistische Front“, und Frieda Vahrenhorst die Flucht über Emden in die Niederlande. In der Hafenstadt Emden gab es eine gut organisierte Arbeiterbewegung, aus der sich in der Anfangszeit der faschistischen Herrschaft illegale Strukturen bilden konnten, die die Flucht in die Niederlande organisierten.

Die Möglichkeiten, direkt von Emden in die Niederlande zu gelangen, waren jedoch begrenzt. Die Fähre über den Dollart nach Delfzijl wurde von der Gestapo bewacht. Die

Flüchtenden mussten mit Fischerbooten und Frachtschiffen über die Grenze gebracht werden. Die Kapazitäten reichten aber nicht aus und die Flucht war so riskant, dass schon im ersten Halbjahr 1933 nach weiteren Möglichkeiten gesucht wurde. Das Land südlich der Ems wurde in die Organisation der Flucht einbezogen. Das Rheiderland war von der Landwirtschaft geprägt. Da die Mechanisierung noch nicht so weit vorangeschritten war, mussten Landarbeiter die Arbeiten auf den Höfen verrichten. Die soziale Lage dieser Arbeiter war sehr schlecht, und so hatten auch sie in den 1920er Jahren gelernt, sich zu organisieren. Deshalb konnte man auch hier auf illegale Strukturen für die Fluchthilfe zurückgreifen.

Nachdem 1937 fast alle Emdener Fluchthelfer verhaftet worden waren, wurden hauptsächlich die Wege von Leer über Bunde nach Nieuweschen oder Bellingwolde genutzt. Weitere Fluchtwege führten über Bourtange und Emmer-Compascuum. Es ist davon auszugehen, dass es auch in dem sich südlich anschließenden Grenzbereich Fluchthilfe gegeben hat, aber bisher ist darüber fast nichts bekannt. Vereinzelt gelang Häftlingen aus den Konzentrationslagern im Emsland die Flucht. In der Regel waren diese Fluchtversuche jedoch nicht geplant, und die Flüchtenden hatten keine Hilfe zu erwarten.

Eine Flucht in die Niederlande konnte ohne Unterstützung auf niederländischer Seite kaum erfolgreich sein. Da die niederländische Regierung ein gutes Verhältnis zum deutschen Nachbarn anstrebte, wurden Flüchtende, die nach dem illegalen Grenzübertritt von der niederländischen Polizei aufgegriffen wurden, in das Deutsche Reich abgeschoben und der Gestapo übergeben.

Die Lage der Landarbeiter im niederländischen Reiderland war nicht besser, und so gab es auch hier entsprechende Organisationen der Arbeiterbewegung. Bereits in der Weimarer Republik bestanden sehr gute Kontakte über die Grenze hinweg, die nun für die Fluchthilfe genutzt werden konnten. Beiderseits der Grenze gab es mutige Menschen, die dabei halfen, Verfolgte in Sicherheit zu bringen. Sie riskierten dabei ihr eigenes Leben und unterstützten die Flüchtenden auch materiell, obwohl sie oft selbst in bescheidenen Verhältnissen lebten. Diese stillen Helden sind weitgehend in Vergessenheit geraten. Auf deutscher Seite wissen oft nicht einmal die heute lebenden Enkel etwas davon, aber auch auf niederländischer Seite wurden die Helferinnen und Helfer nicht geehrt. Selbst die Geflüchteten hatten unter den Bedingungen der Illegalität keine Gelegenheit, sich nach erfolgreicher Flucht zu bedanken.



Anfang 2016 gründete sich die deutsch-niederländische Initiative Fluchtwege 1933 – 1945, die sich die Aufgabe gesetzt hat, die Erinnerung an die großartige Hilfe wieder in das

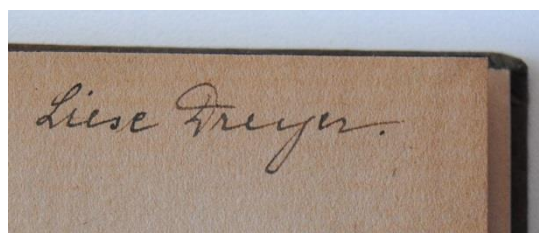
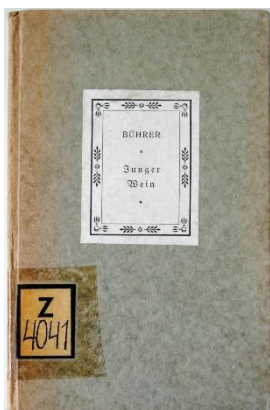
Gedächtnis zu rufen und die geleistete Unterstützung zu würdigen. Als sichtbare Zeichen wurden bisher an sechs Orten Erinnerungstafeln errichtet, die jeweils im Rahmen einer Gedenkveranstaltung von Nachfahren der Fluchthelferinnen und Fluchthelfern enthüllt wurden. Die Tafeln befinden sich an der Seeschleuse im Emdener Außenhafen (30.08.2019), an der Ems am Fähranleger in Petkum (05.05.2018), am Dollart in Kanalpolder (05.05.2019), an der Schleuse in Nieuwe Statenzijl (08.10.2016), an der Grenze zwischen Bunde und Bad Nieuweschans (05.05.2018), an der Grenze zwischen Wymeer und Bellingwolde (30.08.2019). Sie bilden zusammen einen Gedenkort entlang der deutsch-niederländischen Grenze. Alle Standorte der Tafeln sind gut mit dem Fahrrad zu erreichen und machen so die Flucht für uns „erfahrbar“. Begleitete Fahrradtouren können bei der Initiative angefragt werden. Die Beschreibung einer Fahrradrouten soll im nächsten Jahr erarbeitet werden. Erinnerungstafeln zu weiteren Fluchtwegen sind bisher nicht in Planung. Eine Dokumentation zu den Fluchtwegen und den Fluchthelferinnen und Fluchthelfern findet sich auf der Website der Initiative unter <http://fluchtwege1933-1945.de/>.

Jörg Meinke (VVN-BdA-Hannover)

Quellen: <http://fluchtwege1933-1945.de/> ; Ruud Weijdeveld (Hrsg.), Rode Hulp - De opvang van Duitse vluchtelingen in Groningerland 1933 - 1940, Groningen 1986; Irene Hübner, Unser Widerstand, Frankfurt am Main 1982; Onno Poppinga/Hans Martin Barth/Hiltraud Roth, Ostfriesland - Biographien aus dem Widerstand, Frankfurt am Main 1977

Suche nach NS-Raubgut in der Stadtbibliothek Hannover

Der materielle Wert des unscheinbaren Büchleins ist gering, seine symbolische Bedeutung als Träger von Erinnerung dagegen ist ungleich viel höher. Die Rede ist von einem Exemplar der 1923 erschienenen Novellensammlung „Junger Wein“ des schweizerischen Autors Jakob Bührer, das die Stadtbibliothek Hannover im Herbst 1945 als eines von über 100 „Geschenken“ der Gestapo in ihren Bestand aufnahm. Der handschriftliche Namenseintrag „Liese Dreyer“ auf dem Vorsatzblatt des 75-seitigen Buches verweist auf dessen frühere rechtmäßige Eigentümerin – und macht den Band zu einer der letzten materiellen Spuren von Liese Dreyer, die vom NS-Regime als Jüdin verfolgt und ermordet wurde.



Links/Mitte: Jakob Bühner: Junger Wein, Leipzig: Reclam 1923, StB Hannover Z 4104, Buchdeckel und Vorsatzblatt mit Autogramm Liese Dreyers (Fotos: StB Hannover). Rechts: Liese Dreyer, um 1935 (Foto: Stadt- und Kreisarchiv Paderborn).

Liese Dreyer, geboren 1895 in Rietberg (Westfalen), war seit 1930 Leiterin des jüdischen Waisenhauses in Paderborn. Nachdem das Gebäude des Waisenhauses von den NS-Behörden Anfang 1942 enteignet worden war, sah sich Dreyer im Mai 1942 gezwungen, gemeinsam mit 21 Heimkindern in die Israelitische Gartenbauschule in Ahlem bei Hannover zu ziehen. Die Gartenbauschule war, wenngleich der Unterrichtsbetrieb noch bis Ende Juni 1942 aufrechterhalten werden konnte, ab Herbst 1941 eine zentrale Sammelstelle für die Deportationen der Juden und Jüdinnen aus dem Bereich der Gestapo-Leitstelle Hannover. Liese Dreyer wurde, ebenso wie die meisten der 21 Kinder, 1943 von Hannover in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz deportiert und dort ermordet. Die Gestapo beschlagnahmte Dreyers Buch vermutlich im Zuge ihrer Deportation und überließ es später der Stadtbibliothek Hannover.

Im Juli 2019 konnte das Buch – und mit ihm ein Stück Erinnerung – an Liese Dreyers Erb*innen zurückgegeben werden. Ermöglicht wurde die Rückgabe durch das im August 2017 angelaufene NS-Raubgut-Forschungsprojekt „Zweifelhafte Provenienzen in Bestand der Stadtbibliothek Hannover“. Mit diesem sucht die Einrichtung erstmals systematisch in ihrem Bestand nach NS-Raubgut.

Grundlage dieser Recherchen sind die [Washingtoner Prinzipien](#) (1998) und die [Gemeinsame Erklärung](#) (1999), mit denen der Auftrag zur Auffindung und Rückgabe von „NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes“ in Deutschland politisch verankert wurde. Aufgabe des von der Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste mit einer Stelle für eine wissenschaftliche Mitarbeiterin geförderten Projekts ist es, NS-Raubgut im Bestand der Stadtbibliothek Hannover ausfindig zu machen, dieses auf Spuren ihrer Vorbesitzer*innen hin zu überprüfen und zu dokumentieren. Die als Raubgut identifizierten Bücher sollen, wo dies möglich ist, ihren früheren rechtmäßigen Eigentümer*innen bzw. deren Erb*innen oder Rechtsnachfolger*innen zurückgegeben werden.

Der Fokus der Provenienzforschung in der Stadtbibliothek Hannover liegt derzeit auf zwei 1945 und 1946 erworbenen Beständen, die auf Grund der Lieferantenangaben in den Zugangsbüchern als besonders NS-Raubgut-verdächtig einzustufen sind: „Geschenke“ der Gestapo sowie eine über das Staatsarchiv Hannover vermittelte Übernahme vom Archiv und Museum des NSDAP-Gaus Südhannover-Braunschweig (im Folgenden kurz NSDAP-Gauarchiv).

19 45 270795 2802 99

Nr.	Datum	Charakter d. Erwerbung	Titel des Buches	Art der Erwerbung	Bezug	Preis		Quittung	Fach	Blätterzahl	Bemerkungen
						Ordin.	Netto				
2451	12.9.	A	Wanncke, P.: Fritz Reiter.	g	Uebertrag Gestapo	-	-		53 6	1	
2452	1	A	Bessing, G. E.: Handlungsschemata Dramaturgie.	g	"	-	-		88 4	1	
2453	1	A	Radtz, G. Wahrheit u. Dichtung in F. Reiter's Werken.	g	"	-	-		88 72	1	
2454	1	A	Kreuzmer, G.: Giftige Tiere u. menschliche Gifte.	g	"	-	-		30 1	1	
2455	1	A	France, A.: J. Blütezeit d. Lebens.	g	"	-	-		52 2a	1	

Blick in das Zugangsbuch der Stadtbibliothek Hannover: „Geschenke“ der Gestapo von September 1945 (Foto: StB Hannover).

Bislang konnten im Rahmen des Forschungsprojekts insgesamt 3484 Bücher überprüft werden. Davon sind 1236 Bände auf Grund der Lieferantenangaben und / oder vorhandener relevanter herkunftsanzeigender Spuren wie z.B. Autogrammen, Stempeln oder Exlibris als NS-Raubgut-verdächtig einzustufen. Dies entspricht einer Quote von rund 35%. Von den verdächtigen Büchern tragen 1021 Provenienzhinweise, die konkrete Rückschlüsse auf frühere Besitzer*innen zulassen. In 30 Fällen konnte der Raubgut-Verdacht bereits eindeutig bestätigt werden. In momentan 930 Fällen sind zur Provenienzkklärung umfangreiche weitere Recherchen erforderlich. In 7 der 30 eindeutigen NS-Raubgut-Fälle konnten die rechtmäßigen früheren Eigentümer*innen bzw. deren Erb*innen bereits erfolgreich ermittelt und die Bücher an diese zurückgegeben werden.

Unter den restituierten Exemplaren befindet sich neben Liese Dreyers Buch u.a. auch ein Buch aus dem Besitz der als Kommunistin verfolgten späteren Publizistin und Kommunalpolitikerin Hannah Vogt (geb. 1910 in Berlin, gest. 1994 in Göttingen). Das Exemplar von Friedrich Engels' „Der Ursprung der Familie“ (Berlin 1931) war bei Vogts Verhaftung im März 1933 von der Gestapo beschlagnahmt worden, gelangte in das NSDAP-Gauarchiv nach Hannover und von dort 1946 in die Stadtbibliothek. Von Dezember 2018 bis April 2019 wurden Vogts Buch und dessen Provenienzgeschichte im Museum August Kestner in der Ausstellung „Spuren der NS-Verfolgung“ präsentiert, über die Dr. Johannes Schwartz in der Maiausgabe 2019 des Newsletters kursorisch berichtete. Im demnächst erscheinenden Begleitband zur Ausstellung wird der „Fall“ Vogt ebenfalls thematisiert. Im September 2019 konnte Hannah Vogts Buch an ihre Erb*innen zurückgegeben werden.

Die Fortsetzung des Forschungsprojekts der Stadtbibliothek Hannover ist dank jüngst vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste zugesagter weiterer Fördermittel bis zum 31. Juli 2020 gesichert. Geplant ist, bis dahin die Sichtung der Bücher aus dem Bestandssegment NSDAP-Gauarchiv abzuschließen (noch zu prüfen: ca. 2000 Inventarnummern). Parallel dazu sollen die Recherchen, die zur Identifizierung und Rückgabe weiteren NS-Raubguts nötig sind, vorangetrieben werden.

Öffentlich dokumentiert werden die im Rahmen der Forschungen erhobenen Daten in der Provenienzdatenbank Looted Cultural Assets (<http://lootedculturalassets.de/>).

Ein ausführlicher Werkstattbericht zum Projekt ist in *O-Bib. Das Offene Bibliotheksjournal* 6/2 (2019) erschienen. Online: <https://doi.org/10.5282/o-bib/2019H2S1-16>.

Jenka Fuchs (Stadtbibliothek Hannover)

Rechtsradikalismus: Zwei lesenswerte Bücher

Zwei neue Veröffentlichungen zur Frage des Umgangs mit dem Rechtsradikalismus verdienen gerade bei allen, die sich im Bereich Erinnerungskultur und -politik besonders engagieren, hohe Beachtung. Unsere Gesellschaft, die es in einem Jahrzehnte währenden politischen und erinnerungskulturellen Diskurs von einem trivialen aber ausdrucksstarken „Nie Wieder“ hin zu einer ziemlich umfänglichen und kritischen „Aufarbeitung“ der Vergangenheit des 20. Jahrhunderts geschafft hat, sieht sich seit geraumer Zeit mit einflussreicher werdenden politischen Kräften in und aus ihrer Mitte heraus konfrontiert, die eine grundlegende Revision dieser Arbeit anstreben. Es geht diesen Kräften darum, die Imperative von Freiheit, Toleranz, Recht, sozialer Gerechtigkeit, demokratischer und internationaler Friedfertigkeit, mit einem Wort: von Humanismus, zugunsten einer führerzentrierten, autoritären und exkludierenden Volksgemeinschaft der Deutschen massiv anzugreifen. Die Umdeutung deutscher und europäischer Geschichte ist für die Erfolgsgeschichte des gegenwärtigen Rechtsradikalismus ebenso bedeutend wie die Diskreditierung und massive Bekämpfung demokratischer Verfahren und pluraler Lebensweisen. Diese Bedrohungen zu konstatieren, ist nun keine wirkliche intellektuelle Herausforderung. Wie ihnen wirksam zu begegnen ist, wird allerdings zunehmend zu bedenken und zu diskutieren sein. Dabei sind zwei Analysestränge von Bedeutung, die in den beiden hier zu besprechenden Texten zum Tragen kommen: Zum tieferen Begreifen von Handlungs-, Denk- und Ideologiemustern des Rechtsradikalismus hat Suhrkamp jüngst einen Vortrag von Theodor W. Adorno aus dem Jahr 1967 mit dem Titel „Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“ quasi als eine Handreichung in historischem Bezug herausgegeben. Zum Verständnis, wie diese euphemistisch als Rechtspopulisten bezeichneten rechtsextremen Partei- und Bewegungsströmungen in unseren demokratischen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts emporkommen und reüssieren konnten und können, kann das Buch von Cornelia Koppetsch „Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter“ beitragen. Sie geht das Problem mit Blick auf die Verfasstheit der Gesamtgesellschaft an und rührt dabei massiv am Selbstverständnis der Kultur- und Gesellschaftshegemonie der neoliberalen Erben von 1968.

Adorno hielt seinen Vortrag vor Student*innen in Wien acht Jahre nach seinem Referat „Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit“, der vielen in seiner publizierten Form bekannt sein dürfte. Seit Beginn der 60er Jahre war der Rechtsradikalismus, wie Adorno die Kräfte um die 1964 gegründete NPD in der Bundesrepublik charakterisiert, politisch und organisatorisch wieder auf dem Vormarsch. Mit ihrem Einzug in mehrere Landtage und dem knappen Scheitern an der 5-Prozent-Klausel (4,3 % der Stimmen) bei den

Bundestagswahlen 1969, sollte sich seine Einschätzung bestätigen. Wenn wir heute angesichts des sich etablierenden Rechtsradikalismus diese Lektüre zur Hand nehmen, gilt es natürlich, Analogiebildungen zu der Zeit vor fünfzig Jahren gar nicht erst ins Auge zu fassen. Sicher erfordere die Lektüre des Textes, „durch den Kontext Bedingtes und Grundsätzliches zu unterscheiden. Die helllichtig wirkende Aktualität ist mit dem historischen Zeitkern ihrer Wahrheit ins Verhältnis zu setzen“, betont Volker Weiß in seinem kundigen Nachwort. Zum Grundsätzlichen gehören die Einsichten in die den Rechtsradikalismus ausmachende Eigenschaften. Da ist einmal die Propaganda: „Das Charakteristische für dieser Bewegungen ist vielmehr ihre außerordentliche Perfektion der Mittel, nämlich in erster Linie der propagandistischen Mittel in weitesten Sinn, kombiniert mit Blindheit, ja Abstrusität der Zwecke, die dabei verfolgt werden. [...] Die Propaganda ist vor allem darin genial, dass sie bei diesen Parteien und diesen Bewegungen die Differenz, die fraglose Differenz zwischen den realen Interessen und den vorgespiegelten falschen Zielen ausgleicht.“ Schon damals stellte Adorno etwa die Absurdität, einen neuen Nationalismus aufs Schild zu heben angesichts der durch die Machtblöcke eingeschränkten nationalen Handlungsfähigkeit, heraus. Schon vor 50 Jahren nahm die Imagination einer „Überfremdung“ des Deutschen durch „Gastarbeiter“ skurril anmutende Ausmaße an, heute heißt das Codewort „Umvolkung“, das eine physische Bedrohung suggeriert. Propaganda arbeitet als „massenpsychologische Technik“, mit immer „wiederkehrenden standardisierten und vollkommen vergegenständlichten Tricks, die ganz arm und dünn sind, die aber auf der anderen Seite gerade durch ihre permanente Wiederholung“ ihre Wirkung erzielen. Auf wen? Auf die autoritätsgebundene Persönlichkeit – wie könnte es bei einer Analyse Adornos anders sein.

Und da sind wir auch beim Kern dieser kleinen Schrift, der Kritischen Theorie. Wir benötigen zur Analyse des und zum Handeln gegen den Rechtsradikalismus den Zusammenhang von Ökonomie, Gesellschaft und Subjektstruktur, oder wie Volker Weiß unter Berufung auf Marc Grimm formuliert: „Die (ernstzunehmenden) Diskussionen über Rechtspopulismus stellen auf Fragen ab, die erst mit dem den Vorurteilsstudien des Instituts entnommenen begrifflichen Instrumentarien überhaupt gestellt werden können“, nämlich welcher ‚psychologische Gewinn‘ aus Abwertungen gezogen wird, warum die ‚(reale oder vorgeschobene) Angst als Legitimation‘ für Ressentiments dient, wie ‚Rassismus, Antisemitismus und Sexismus‘ sowie ‚Nationalstaatlichkeit, Kapitalismus und Rassismus zueinander in Beziehung‘ stehen“.

Der sozialdemokratische „Keynessche Liberalismus“ in den sechziger Jahren, der globalisierte kapitalzentrierte Neoliberalismus der Gegenwart, die trotz aller „Prosperitätssymptome das Gespenst der technologischen Arbeitslosigkeit“, mit sich brachten, bildeten und bilden einen Nährboden für die tatsächlichen, drohenden oder eingebildeten Gefährdung materieller Existenz der Subjekte. Und nicht nur das: Die Entwertung von Arbeitskraft durch Automatisierung damals oder Digitalisierung heute schafft Kränkungen. Damals wie heute sorgt sich der Rechtsradikalismus nicht um dies reale gesellschaftliche Problem, sondern bietet dem gekränkten, sich zurückgestellt oder abgehängt fühlenden Subjekt die Einbindung in ein für groß gehaltenes Kollektivsubjekt, die Nation, das völkisch definierte Volk an. Für diese Einbindung ist die Pflege des Ressentiments gegen alle und alles, die dieser

Vergemeinschaftung entgegenstehen, Bedingung. Solches vermittele Stärke, weshalb demokratische Politik mit Augenmaß und Kompromissfähigkeit als „Parteiunwesen“ diskreditiert wird. Die für ein gesellschaftliches Leben notwendige Fähigkeit zur Empathie gilt als Schwäche, Toleranz als Charakterlosigkeit. „Das Wort ‚Humanität‘ selber und alles, was damit zusammenhängt, bringt ja die Menschen, um die es sich handelt, zum ‚Weißglühen‘, wirkt wie Angst und Schwäche.“ Ein wichtiger Punkt in Adornos Aspekten, die hier nicht alle behandelt werden können, sei hervorgehoben, weil es sich dabei auch um die Frage handelt, wie dem Rechtsradikalismus beizukommen wäre. Diese Bewegungen beschwören das Unheil, den Zusammenbruch, wenn man Ihnen nicht folge. Damit werde zugleich „an dem unbewussten Wunsch nach Unheil, nach der Katastrophe in diesen Bewegungen appelliert.“ Die von Adorno angedeutete „psychoanalytische Kraft“ hat mit seinen Worten eine „objektive Basis. Wer nichts vor sich sieht und wer die Veränderung der gesellschaftlichen Basis nicht will [es soll ja alles so bleiben, wie es einmal in idealisierter Fantasie war, PS], dem bleibt eigentlich gar nichts anderes übrig, als wie der Richard-Wagnersche Wotan zu sagen: ‚Weißt Du, was Wotan will? Das Ende‘,– der will aus seiner eigenen sozialen Situation heraus den Untergang, nur eben dann nicht den Untergang der eigenen Gruppe, sondern wenn möglich der Untergang des Ganzen.“ Das ist letztlich die Sehnsucht nach Krieg, vorerst artikuliert in Unterdrückung, Gewalt und Hass. Wie man dem Rechtsradikalismus begegnen sollte? Nicht, indem man „über die Zukunft des Rechtsradikalismus“ nachdenke, denn das sei eine „kontemplative“ und unpolitische Beobachterhaltung, durch die man „sich als politisches Subjekt eigentlich ausschaltet.“ Woran sich verantwortliches Handeln gegenüber diesen Kräften orientieren sollte, verriet Adorno den jungen Leuten in Wien auch. „Das einzige, was mir nun wirklich etwas zu versprechen scheint, ist dass man die potenziellen Anhänger des Rechtsradikalismus warnt vor dessen eigenen Konsequenzen, dass man ihnen klar macht eben, dass diese Politik auch seine eigenen Anhänger unweigerlich ins Unheil führt und dass dieses Unheil von vornherein mitgedacht worden ist [...].“ Volker Weiß betont in seinem Kommentar, dass die „Synthese zwischen Bildungselite und liberaler Demokratie, von der die bundesrepublikanische Geisteslandschaft seit den 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts bestimmt wurde, nicht naturgegeben“ sei. Die Arbeiten des Instituts für Sozialforschung bleiben für eine Begreifen des neuen Rechtsradikalismus unverzichtbar.

Theodor W. Adorno: Aspekte des neuen Rechtsextremismus, 2019³, Frankfurt/Main (Suhrkamp), 10 €

Mit **Gabriele Koppetsch** kommen wir in der Gegenwart an. Sie knüpft quasi an die eben im Zitat als Erfolgsgeschichte dargestellte demokratisch-liberale Entwicklung der Gesellschaften der letzten Dekaden an, der sie die andere Seite dieser Medaille entgegenhält – das Sich-Einrichten in und das Befördern von neoliberal organisierten kapitalistischen Akkumulationsdynamiken. Sie untersucht die Genese der Rechten im Kontext neoliberaler Politik und Kultur im Rahmen global organisierter Profitmaximierung der letzten Jahrzehnte. Dabei will sie, wie sie in einem taz-Gespräch (7./8.2019) formuliert, „den Blick darauf lenken, dass die kosmopolitischen Eliten Teil dieser Dynamik (der Verbreitung eines „rechtspopulistischen Weltbilds“, P.S.) sind, weil sie ihre eigene Moral zum Maßstab erheben und nicht sehen, wie sehr sie dabei eigenen Privilegien verhaftet bleiben, die

andere ausschließt.“ Die Autorin hat dabei das postindustrielle, liberale und sich progressiv gebärdende Bürgertum im Blick, das sich nahezu kritiklos der Akkumulationsdynamik des Kapitalismus im neoliberalen Gewand angepasst hat. Die alle Lebensbereiche umfassende Ich-AG der Selbstoptimierung, also die Unterwerfung unter ein Akkumulationsregime, das die Verspeisung des selbst einfordert und eine Form von Widerstand gegen eine marktkonforme Ausrichtung des Seins nicht vorsieht, wird zum Lebenssinn erkoren und als Freiheitsgewinn verbucht. Prekäre Beschäftigung wird als Möglichkeit und Chance der Selbstentfaltung gepriesen, ein „Entzug sozialer Sicherung als gesteigerte Selbstverantwortung belobigt“ – „fordern und fördern“ heißt das im Hartz I-IV-Sprech. Koppetsch holt weit aus, ruft Bourdieus Sozialraummodell auf, erklärt den „kosmopolitischen Habitus“, der elitenkonform mit dem eigenen Zugehörigkeitsimpetus anderes ausschließt, und kommt unter Bezug auf Norbert Elias’ Prozess der Zivilisation und seiner Weiterentwicklung etwa durch Cas Wouters zu dem Schluss, dass „wir uns heute [...] am Anfang einer neuen Klassengesellschaft befinden, die nicht mehr durch das Aufholen der unteren Schichten (wie in den Zeiten des keynesianischen Fordismus, P.S.), sondern durch das Auseinanderstreben unterer und oberer Schichten geprägt ist.“ Die neue Herrschaftsklasse, das postindustrielle Bürgertum, sei aus einer Verschmelzung der akademisch-kosmopolitischen Mittelschicht mit dem traditionellen Bürgertum hervorgegangen. Diese homogenisiere sich zunehmend durch Exklusivität, sei es in urbanen Räumen, in Lifestyleimperativen oder überhaupt in einem „mit ihrem körper- und gesundheitsbewussten, auf Selbstverwirklichung und Wissensaneignung hin orientierten Lebensstil.“ Oder anders ausgedrückt: „Wesentliche Teile der akademischen Mittelschicht avancierten zum neuen Bürgertum und wurden im Zuge der charismatischen Selbstveredelung zum zentralen Agenten auch einer durch exklusive Lebensstile und hochpreisige Stadtquartiere forcierten sozialen Schließung, während die traditionelle untere Mittelschicht zunehmend in die Defensive gerät.“

Freiheitsgewinne werden in diesem Prozess der akkumulativen Optimierung begleitet durch Degradierung traditioneller Werte einer an Arbeit orientierten Industriegesellschaft. So erodiert die große sozialdemokratische Erzählung der an Arbeit gekoppelten Leistungsgesellschaft, wenn smarte start up-Eigner Millionengewinne einstreichen, während deren Angestellten zu emsigen und meist (tarif)rechtlosen Helferlein degradiert werden. Die Erosion der Würde der Arbeit geht mit dem Gefühl der Erniedrigung einher – und beides verletzt. Zum Heroen dieses Zeitalters wird das unternehmerische Selbst erkoren. Selbstverwirklichung in den Aufmerksamkeitsökonomien von Wissenschaft, Kunst, Kultur, Twitter- und Bloggerei wird dem ökonomischen Handeln unterworfen bzw.: ohne geldwerten Erfolg existiert sie gar nicht. Cornelia Koppetsch weitet solche Beobachtungen auf viele gesellschaftliche Felder aus. Die zunehmende Segregation vom Bildungswesen trägt zu einer „ständischen Verfestigung von Klassenstrukturen“ bei. Soziale Herkunft entscheidet wieder – das große Versprechen vertikaler Mobilität der 70er Jahre brechend – zunehmend den Bildungserfolg. „Marktliberale Governance-Strukturen“ diktieren die Politik in Universitäten, wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen und öffentlichen Großbetrieben. Subjektivität sei selbst zu einem Produktionsfaktor geworden. Und dabei kann es nicht verwundern, dass die Kunst der Selbstdarstellung, Performance genannt, heute einen

wesentlichen Bestandteil von Fähigkeitsnachweisen ausmacht und damit die Aneignung von produktiven und wissensbasierten Fertigkeiten diskreditiert. Kollektivprägungen lösen sich auf. „Der Kapitalismus der Arbeitnehmer ist zum ‚Kapitalismus der Singularitäten‘, zu einer Versammlung einzigartiger Subjekte geworden.“

Die Autorin ist mit der Veröffentlichung ihres Buches gleich an die Spitze feuilletonistischer Aufmerksamkeitsökonomie befördert worden. Das hat gewiss damit zu tun, dass sie die politisch-kulturelle Praxis der sich so überaus frei und liberal gerierenden weiteren Elite kritisch in den Blick nimmt. Denn diese muss sich die Frage gefallen lassen, was an ihrem Jahrzehnte währenden Projekt der liberalen Demokratie schief gelaufen ist, dass heute antiliberales, nationalistisches und autoritäres Denken und Handeln politikrelevant auftrumpfen kann. Koppetsch fordert kritische Selbstreflexion ein. Sie ist quasi der Klage der rechtsradikalen Demagogen über die Hegemonie der politisch-kulturellen Eliten nachgegangen und hat sie auf die Füße gestellt. Begreifen tut man/frau während der Lektüre die neuen Klassenspaltungen in den Gesellschaften der globalisierten Ökonomie und Kultur. Klassenauseinandersetzungen sind nun gewiss nichts Neues in der Geschichte von Gesellschaften. Darauf muss man/frau sich einstellen und im selbstkritischen Zugriff auf eigenes Denken und Handeln den Kampf um die politische Macht aufnehmen. Aus der anregenden Lektüre ihres Buches kann die Konsequenz erwachsen, die politische Auseinandersetzung um die Zukunft der Gesellschaften gegen die neoliberalen Verwüstungen *und* ihre völkisch-nationalistischen Vergemeinschaftungen zu verstärkt führen.

PS

Cornelia Koppetsch: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, Bielefeld (trans cript) 2019, 19,99 Euro

Impressum:

Der Newsletter erscheint zum Ende jedes ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe 27.09.2019.

Redaktionsschluss der Novemberausgabe 2019 ist am 25.11.2019.

Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., c/o Büro Dr. Horst Meyer & Partner, Bödekerstr. 90, 30161 Hannover; Tel +49 511 961 87 15; erinnerung-und-zukunft@t-online.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

Redaktion Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent)



wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

